



Brüssel, den 6. März 2020
(OR. en)

6519/20

SOC 120
EMPL 102
EDUC 85
ECOFIN 157

VERMERK

Absender: Vorsitz
Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Betr.: Europäisches Semester 2020
– Orientierungsaussprache

Die Delegationen erhalten in der Anlage ein Diskussionspapier des Vorsitzes zur Vorbereitung der Orientierungsaussprache auf der Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) am 19. März 2020.

„Das Europäische Semester im Kontext von sozialer Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“

Europäisches Semester 2020– Orientierungsaussprache

Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) am

19. März 2020

Ein nachhaltiges und integratives Wachstum: künftige Ziele in einer Welt im Wandel

Mit der am 17. Dezember 2019 angenommenen jährlichen Strategie für nachhaltiges Wachstum wird ein Wirtschaftswachstum angestrebt, das den Menschen und dem Planeten zugutekommt. Um ein nachhaltiges und integratives Wachstum in der Europäischen Union zu gewährleisten, sollten vier Dimensionen berücksichtigt werden: ökologische Nachhaltigkeit, Produktivitätssteigerung, makroökonomische Stabilität und Gerechtigkeit.

In der Strategischen Agenda 2019-2024 des Rates und im europäischen Grünen Deal wurde das ehrgeizige Ziel festgelegt, die EU bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen. Dafür ist eine tiefgreifende Umgestaltung des derzeitigen Arbeitsmarktes notwendig: Neue Arbeitsplätze könnten geschaffen werden, während andere verschwinden könnten, was entsprechende Verteilungseffekte und soziale Auswirkungen auf nationaler und europäischer Ebene zur Folge hätte.

Das künftige Einkommens- und Beschäftigungswachstum in Europa wird entscheidend von einer höheren Produktivität und Innovation abhängen. Dies erfordert verstärkte Investitionen in digitale und grüne Technologien: Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten in die Kompetenzen der Menschen und Innovationen investieren. Die leistungstärksten Unternehmen der EU sind nachweislich diejenigen, die am meisten in die Ausbildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und in gute Arbeitsbedingungen investieren.

Digitaler, ökologischer und demografischer Wandel

Auch dieses Jahr setzt sich das Wirtschaftswachstum, wenn auch langsamer, fort, wodurch sich die Beschäftigung und die soziale Lage in ganz Europa verbessern. Es bestehen jedoch nach wie vor viele Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten und Regionen, und gleichzeitig müssen die Risiken angegangen werden, die sich aus der wachsenden sozialen Kluft und den demografischen Herausforderungen ergeben.

Neue Technologien werden neue Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen und flexiblere Arbeitsregelungen ermöglichen, könnten aber auch Auswirkungen auf die Sozialschutz- und Pflegesysteme haben. Andererseits könnte der ökologische Wandel Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen belasten, die bereits einem höheren Armutsrisiko ausgesetzt sind. Bei der Konzipierung geeigneter politischer Maßnahmen zur Abmilderung dieser Auswirkungen müssen daher Verteilungseffekte berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang sollte die Europäische Union die Grundsätze der europäischen Säule sozialer Rechte uneingeschränkt umsetzen, um diesen Wandel angemessen zu bewältigen und im Arbeits- und Sozialbereich noch mehr zu leisten.

Die Zukunft des Europäischen Semesters als treibende Kraft für den Wandel

Das Europäische Semester bietet einen Rahmen für die Koordinierung und Überwachung der Arbeits- und Sozialpolitik in der Europäischen Union, wobei den nationalen und regionalen Besonderheiten Rechnung getragen wird. Gleichzeitig ist es ein Instrument, mit dem die Mitgliedstaaten dabei unterstützt werden, Prioritäten für den Strukturwandel zu ermitteln und diese anzugehen. Als solches kann es auch dabei helfen, Menschen, Sektoren und Regionen zu unterstützen, die voraussichtlich am stärksten von den laufenden Veränderungen betroffen sein werden, um für einen gerechten und fairen Übergang zu sorgen.

Ein geeignetes Gleichgewicht zwischen aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und einem angemessenen Maß an Sozialschutz ist erforderlich, einschließlich eines flexiblen Bündels von Maßnahmen, die den sozioökonomischen Bedingungen in den Mitgliedstaaten entsprechen. Es könnte notwendig sein, neue Wege zu finden, um sichere und flexible Beschäftigungsmodelle in Kombination mit einer angemessenen Unterstützung zu fördern und gleichzeitig eine Segmentierung des Arbeitsmarktes zu vermeiden und den Schutz vor sozialen Risiken sicherzustellen. In diesem Zusammenhang sind die Förderung wirksamer Strategien zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, der Zugang zu erschwinglicher und hochwertiger Kinderbetreuung und Langzeitpflege sowie die Beseitigung steuer- und sozialleistungsbedingter Negativanreize für die Erwerbstätigkeit unerlässlich.

In den diesjährigen Länderberichten sollen die Fortschritte bei der Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele in den einzelnen Mitgliedstaaten bewertet werden. Darüber hinaus enthält die jährliche Strategie für nachhaltiges Wachstum 2020 einen neuen Abschnitt über ökologische Nachhaltigkeit, um die Auswirkungen des ökologischen Wandels auf die Bereiche Beschäftigung und Soziales zu bewerten.

Vor diesem Hintergrund werden die Ministerinnen und Minister gebeten, sich zu folgenden Fragen zu äußern:

1. Welche Maßnahmen könnten im Rahmen des Europäischen Semesters ergriffen werden, um es besser mit der Umsetzung der Grundsätze der europäischen Säule sozialer Rechte und den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung zu verknüpfen?
 2. Welche Reformen können im Europäischen Semester priorisiert werden, um die Möglichkeiten des digitalen, ökologischen und demografischen Wandels tatsächlich zu nutzen, die damit verbundenen Herausforderungen zu bewältigen und gleichzeitig für soziale Gerechtigkeit zu sorgen?
-